

20. März 2002

P R E S S E R K L Ä R U N G

Kritik am Bundesinnenministerium im "Forum gegen Rassismus"

Anlässlich des morgigen "Internationalen Tages zur Beseitigung von Rassismus" der Vereinten Nationen verlangte der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma von dem gestern im Bundesinnenministerium (BMI) in Bonn tagenden "Forum gegen Rassismus" eine Initiative für ein gesetzliches Diskriminierungsverbot. Dabei kam es zu einem heftigen Konflikt mit dem im BMI für nationale Minderheiten neu zuständigen Ministerialrat Detlev Rein, einem früheren Beamten von Interpol. Das Diskriminierungsverbot im Beamtenrecht und öffentlichen Recht soll die in Behörden weitverbreitete Praxis der Vorurteile schürenden Kennzeichnung von Beschuldigten als Angehörige einer ethnischen Minderheit mit Begriffen wie "Sinti, Roma, Zigeuner" und anderen Synonymen verhindern. Ebenso soll das Gesetz religiöse und sexuelle Minderheiten vor Rassismus schützen.

In Unkenntnis der vom Zentralrat jährlich dokumentierten Zeitungsberichte, in denen Polizei und Staatsanwaltschaften zu über 90 Prozent der Fälle die Minderheitenkennzeichnung veranlassten, machte Rein die Presse allein verantwortlich. Er bezeichnete ein Diskriminierungsverbot zum Schutz von Sinti und Roma und anderen Minderheiten als unnötig und empfahl dem Zentralrat zynisch, er könne sich bei der Presse um "Gegendarstellungen" gegen die Minderheitenkennzeichnung von Beschuldigten bemühen.

Ministerialdirektor Werner Müller, Leiter des geschäftsführenden Ausschusses des "Forums gegen Rassismus" und Abteilungsleiter im BMI für Innere Sicherheit, befürwortete eine weitere Erörterung des Diskriminierungsverbots. Dem am 19. März 1998 von der Bundesregierung eingerichteten "Forum gegen Rassismus" gehören neben Außen-, Justiz-, Bildungs- und Arbeitsministerium beispielsweise auch der Zentralrat der Juden in Deutschland, Vertreter anderer Kirchen, des DGB, der Ausländerbeauftragten, des Deutschen Presserats und des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma an. Das "Forum" soll für die Bundesregierung Vorschläge zur Umsetzung der "EU-Richtlinie gegen Rassismus" im innerdeutschen öffentlichen Recht erarbeiten.

Romani Rose